

Verbunden-Sein mit Israel

„Israel“ ist ein vielschichtiger Begriff: Er bezeichnet ein Volk, ein Land und einen Staat – biblisch begründet, historisch gewachsen, lebendig in vielfältiger kultureller und religiöser Ausprägung. Israel – in all seinen Bedeutungsvariationen – ist für viele Jüdinnen und Juden ein wichtiger Ausdruck jüdischen Selbstverständnisses.

Von Anfang an stellte Israel als religiöse und politische Größe die Kirche vor die Aufgabe, ihr Verhältnis zu Israel zu bestimmen. Dies geschah zumeist in Abgrenzung, Herabsetzung und Ersetzung. Die Kirche verstand sich selber als das „wahre Israel“. Jüdische Erwählung wurde geleugnet, die Zerstreuung als göttliche Strafe gedeutet und Juden wurden als „Gottesmörder“ diffamiert. Christliche Judenfeindschaft zieht sich als eine blutige Spur durch die Geschichte in vielen Ländern Europas von der Antike bis in die Gegenwart.

Nach der Schoa setzte langsam ein Um- und Neudenken ein. Die Theologie der Ersetzung (Substitution) wurde kritisiert und als falsch erkannt. Auf der Grundlage einer Relecture des Römerbriefes wurden der „ungekündigte Bund“ Gottes mit Israel und die „unaufgebbare Verbundenheit“ mit Israel Teil des evangelischen Selbstverständnisses. Sie findet Ausdruck in kirchlichen Verfassungen, Synodenbeschlüssen und theologischen Grundtexten.

Was bedeutet Verbundenheit mit Israel in der Gegenwart? Das christliche Verhältnis zu Israel ist nicht nur theologisch, politisch und in Verantwortung vor der Geschichte zu bestimmen, sondern es ist vor allem zu leben. Im kirchlichen Alltag und in der christlichen Praxis einzelner Christinnen und Christen. Verbundenheit mit Israel bezieht sich auf alle drei Aspekte des Begriffs Israel, die ich im Folgenden kurz beschreibe.

Das Volk Israel – Am Israel

Die Anfänge Israels als Volk sind im Spannungsfeld von Mythos und Geschichte zu finden. Archäologische Funde, wie die Merenptah -Stele aus dem alten Ägypten (um 1209 v. Chr.), liefern frühe außerbiblische Hinweise auf „Israel“ als eigenständige ethnische oder politische Gruppe. Im Hochland Kanaans etablierten sich in der Eisenzeit kleine, selbstversorgende Siedlungen, die sich graduell von den umliegenden kanaanitischen Kulturen unterschieden. Wissenschaftler*innen deuten diese Entwicklung als den Beginn einer eigenen israelitischen Kultur, die sich zunächst vor allem ethnisch und durch soziale Marker, später durch religiöse Abgrenzungen positionierte.

Die biblische Überlieferung setzt noch früher an: Mit dem Patriarchen Jakob, dem nach einem nächtlichen Kampf am Jabbok der Name „Israel“ verliehen wird (Genesis 32), beginnt die Geschichte des „Volkes Israel“. Jakob erhält den Namen „Israel“, als er mit einem Unbekannten ringt, von dem er fordert: „Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn“ (Gen. 32,27). Dieser antwortet: „Du sollst nicht mehr Jakob heißen, sondern

Israel; denn du hast mit Gott und mit Menschen gekämpft und hast gewonnen.“ (Gen. 32,29).

Aus Jakobs zwölf Söhnen erwächst nach biblischer Überlieferung das „Volk Israel“, das in Ägypten versklavt und von Gott befreit wird und das mit Gott am Sinai seinen Bund schließt.

Israel ist durch den Bund am Sinai und die Tora als von Gott geliebtes und erwähltes Volk geprägt. Es versteht sich als Träger einer Berufung: Gott erwählte Israel „nicht, weil ihr zahlreicher wäret als alle Völker, sondern weil er euch liebt“ (Dtn 7,7–8). Die Erwählung wird in der jüdischen Tradition immer wieder als ethisch-spirituelle Verpflichtung gedeutet – als Ruf zur Treue zum göttlichen Bund, zur Heiligung durch Lebenspraxis und zu sozialer Gerechtigkeit.

Zu Israels Identität gehört die Erfahrung des Exils und der Diaspora: Bereits im Alten Orient, in der babylonischen Gefangenschaft, zur römischen Zeit und danach lebte der Großteil der jüdischen Bevölkerung außerhalb des Landes.

Exil und Diaspora führten zu einer Pluralisierung jüdischer Existenz: Verschiedene kulturelle Ausprägungen entwickelten sich (aschkenasisch, sephardisch, orientalisch), trotz allem häufig verbunden durch gemeinsame Praxis, Schriftbezug und Erinnerungsarbeit.

Ab dem 18. Jahrhundert setzte im jüdischen Leben eine Pluralisierung ein, die in Westeuropa durch die Aufklärung und die beginnende Emanzipation geprägt war. Der gesellschaftliche und rechtliche Wandel ermöglichte der jüdischen Bevölkerung eine stärkere Teilhabe am öffentlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben. Dies führte zu grundlegenden Neuausrichtungen, und so entstanden in Europa, später auch in Nordamerika im 19. Jahrhundert das Reformjudentum (progressiv oder liberal genannt), das konservative Judentum (Masorti) und das moderne orthodoxe Judentum. Diese Strömungen – neben anderen wie z.B. dem chassidischen Judentum – prägen bis heute das jüdische Leben.

Jüdische Identität ist ein dynamisches Geflecht religiöser, kultureller, historischer und sozialer Komponenten. In der Gegenwart ist sie durch Diversität, Ambivalenz und Aushandlungsprozesse geprägt. Dabei ist für viele Jüdinnen und Juden die Verbundenheit mit *Am Israel* wie auch mit *Erez Israel* (Land Israel) und *Medinat Israel* (Staat Israel) ein wichtiges und identitätsstiftendes Moment.

Das Land Israel – Erez Israel

Die Beziehung zum Land Israel ist ein zentraler Topos in der Hebräischen Bibel. So ergeht an den Patriarchen Abraham die Aufforderung Gottes: „Zieh aus deinem

Vaterland ... in das Land, das ich dir zeigen will“ (Genesis 12,1). Die göttliche Verheißung wird im Bund mit Abraham, Isaak und Jakob gefestigt (Genesis 15,18; 17,7–8).

Das Land ist Gottes Geschenk und bleibt zugleich Gottes Eigentum. Israel lebt dort nur, „sofern es Recht und Gerechtigkeit übt“ (vgl. Lev 25,23; Jes 5,1-7).

In der jüdischen Tradition ist das Land Israel im Exil und in der Diaspora ein wichtiger Bezugspunkt. Die liturgischen Traditionen, Festkalender und Gebete entwickelten sich in Verbindung zum Land. Von den Psalmen über die Propheten bis zu den religiösen Ritualen der Gegenwart bleibt das Land Israel – auch und gerade im Exil – konstitutiver Bestandteil jüdischer Identität, Ort der Sehnsucht und der Verwirklichung göttlicher Versprechen.

Das Land Israel stand in den vergangenen drei Jahrtausenden – neben Zeiten staatlicher Autonomie in der Antike– immer wieder unter fremder Herrschaft (Babylonier, Perser, Griechen, Römer, Byzantiner, Araber, Osmanen und Briten).

Jedoch selbst nach der Zerstörung des Tempels 70 n.d.Z. durch die Römer blieben Juden im Land. Immer wieder machten sich auch Pilger auf den Weg ins Land. Einige ließen sich dort auf Dauer nieder und so entstanden auch neue Siedlungen, vor allem in Galiläa.

In der Diaspora behielt das Land Israel stets insbesondere eine religiöse Dimension. Die Liturgie nimmt immer wieder Bezug auf das Land. Das Land und insbesondere Jerusalem wurde zu einem Sehnsuchtsort und mit Hoffnungsbildern verbunden. Der Wunsch nach Erlösung zeigt sich in dem Wunsch: „Nächstes Jahr in Jerusalem“, mit denen ein traditioneller Sederabend endet.

Seit dem 19. Jahrhundert erfuhr die Israel-Sehnsucht eine säkulare Ausprägung im Zionismus. Vor dem Hintergrund nationaler Befreiungsbewegungen und der Erfahrung von Antisemitismus zielte Zionismus auf die Gründung eines jüdischen Nationalstaates als einem Ort, der Sicherheit bieten und Selbstbestimmung und kulturelle Erneuerung ermöglichen sollte.

Ab den 1880er Jahren entstanden landwirtschaftliche Siedlungen, und urbane Zentren, sichtbare Grundlagen einer jüdischen Gesellschaft in Palästina, das zu jenem Zeitpunkt Teil des osmanischen Reichs war.

Die Balfour-Deklaration von 1917, in der Großbritannien sich für die Errichtung einer „nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ aussprach, wurde zum internationalen Meilenstein und setzte die zionistische Idee politisch auf die Agenda des 20. Jahrhunderts.

Während der britischen Mandatszeit bis 1948 entstanden im Land Vorläuferinstitutionen eines modernen jüdischen Staates: eine eigene Verwaltung, militärische Verteidigungsverbände, Kultur- und Bildungswesen. Die lebensbedrohliche Verfolgung in

Europa durch das nationalsozialistische Europa verlieh der Bewegung zusätzliche Dringlichkeit. Für viele wurde das Land Israel zur Zufluchtsstätte.

1947 beschloss die UN die Teilung Palästinas in einen jüdischen und einen arabischen Staat. Der Plan wurde von der jüdischen Seite akzeptiert, von der arabischen jedoch abgelehnt.

Der Staat Israel – Medinat Israel

Als am 14. Mai 1948 David Ben-Gurion den Staat Israel ausrief, wurde er über seine Bestimmung als Zufluchtsort hinaus für viele Juden weltweit zu einem Kristallisationspunkt des Selbstverständnisses. Die Gründung des Staates Israel stellte die politische Selbstbestimmung des jüdischen Volkes nach fast 2000 Jahren wieder her, basierend auf Resolutionen des Völkerbunds und der Vereinten Nationen.

Einen Tag nach der Gründung des Staates wurde Israel von fünf arabischen Staaten militärisch angegriffen. Israel gewann den Krieg. Im Rahmen dieses Krieges verloren ca. 700.000 Palästinenser ihre Heimat durch Flucht oder Vertreibung, in palästinensischer Erinnerung die Nakba.

Politische Spannungen, wie auch Angriffe und kriegerische Auseinandersetzungen prägen das Verhältnis Israels zu seinen Nachbarstaaten seit seiner Gründung. Im Sechstagekrieg 1967 besetzte Israel das Westjordanland und Ostjerusalem (zuvor unter jordanischer Herrschaft), die (syrischen) Golanhöhen, den Gazastreifen und die Sinai-Halbinsel (unter ägyptischer Herrschaft). Die Vereinten Nationen fordern einen Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten. Der Sinai wurde an Ägypten zurückgegeben. 2005 zog sich Israel unilateral aus dem Gazastreifen zurück und räumte alle existierenden Siedlungen. Israel schloss mit Ägypten 1979 und Jordanien 1994 Friedensverträge, sowie 2020 mit den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain.

In den 1990er Jahren führte der Oslo-Friedensprozess zur gegenseitigen Anerkennung von Israel und der PLO sowie zur Schaffung einer begrenzten palästinensischen Selbstverwaltung. Endgültige Fragen wie der Status Jerusalems, israelische Siedlungen und das Rückkehrrecht der Flüchtlinge blieben jedoch ungeklärt und der Friedensprozess scheiterte.

Der Staat Israel versteht sich als demokratischer und jüdischer Staat, der allen seinen Bewohner*innen [fast] gleiche Rechte garantiert. Die Praxis aber ist komplex. Bis heute gibt es keine vollständig verschriftlichte Verfassung, sondern Grundgesetze und eine fortlaufende Aushandlung politischer, religiöser und gesellschaftlicher Fragen. Und für die besetzten Gebiete gelten ganz andere rechtliche Grundlagen.

In den letzten Jahren ist die israelische Gesellschaft tief gespalten. Mehrfach mussten Neuwahlen abgehalten werden; zwischen 2019 und 2022 fanden fünf

Parlamentswahlen statt, ohne dass stabile Mehrheiten entstanden. Das politische System ist von Blockbildungen, der wachsenden Rolle kleiner (oft radikaler) Parteien sowie teils populistischer Rhetorik geprägt. Die angestrebte Justizreform, als Symbol für den Machtkampf zwischen den institutionellen Gewalten und gesellschaftlichen Gruppen, führte zu anhaltenden Protesten, Demonstrationen und Streiks.

Trotz der Spannungen existiert jedoch eine vielfältige, aktive Zivilgesellschaft: Protestbewegungen für Demokratie, Minderheitenschutz, Frauen- und LGBTQ*-Rechte, Journalisten, Reservist*innen, Akademiker und zahlreiche NGOs prägen das öffentliche Leben. Viele Demonstrationen richten sich gegen Maßnahmen der Regierung, für Rechtsstaatlichkeit und eine friedliche Koexistenz.

Der 7. Oktober 2023: Auswirkungen auf die israelische Gesellschaft und die jüdische Diaspora

Der 7. Oktober 2023 bedeutet eine Zäsur in der Geschichte Israels. An diesem Tag führte die Hamas, eine militante islamistische Organisation, aus Gaza einen großangelegten und in seiner Brutalität beispiellosen Terror-Angriff auf Israel durch. Die gewaltsame Invasion forderte fast 1.200 Todesopfer unter der israelischen Zivilbevölkerung und es wurden mehr als 250 Menschen als Geiseln verschleppt. Dieser Angriff verletzte das Sicherheitsgefühl der israelischen Gesellschaft zutiefst und hatte weitreichende Folgen für die jüdischen Gemeinschaften weltweit.

Die israelische Gesellschaft ist stark durch sicherheitsbezogene Narrative geprägt. Der Angriff vom 7. Oktober hat dieses Fundament schwer beschädigt. Besonders gravierend war das kollektive Gefühl des Kontrollverlustes. Der Überraschtwerden durch diesen Angriff, das langsame Eingreifen staatlicher Sicherheitskräfte und die symbolische Bedeutung der betroffenen Orte – insbesondere Kibbuzim in der Grenzregion – führten zu einer tiefen gesellschaftlichen Verunsicherung.

Gleichzeitig mobilisierte das Ereignis eine breite gesellschaftliche Reaktion. Die spontane Hilfsbereitschaft, die schnelle Rückkehr von Reservisten, das Engagement zivilgesellschaftlicher Gruppen und die massive interne Organisation von Evakuierungen und Unterstützungsstrukturen verweisen auf die Resilienz der israelischen Gesellschaft.

Die Auswirkungen des 7. Oktobers beschränken sich keineswegs auf Israel. Weltweit erlebten jüdische Gemeinschaften ein Trauma und eine signifikante Zunahme an antisemitischen Vorfällen, sowohl physisch als auch im digitalen Raum. In vielen westlichen Demokratien wurden Synagogen Ziel von Angriffen, jüdische Schulen erhielten Drohungen, und jüdische Menschen verspüren Angst um ihre Sicherheit..

Dabei zeigt sich ein besorgniserregender Trend: Der israelisch-palästinensische Konflikt wird von antisemitischen Gruppen und Einzelpersonen genutzt, um weltweit Hass und Gewalt gegen Jüdinnen und Juden außerhalb des Nahen Ostens zu schüren und zu

legitimieren. Im gesellschaftlichen Diskurs verschwimmen vielfach die Grenzen zwischen politischer Kritik an der israelischen Regierung und antisemitischen Stereotypen.

Zugleich zeigen sich Brüche innerhalb der jüdischen Diaspora. Während viele jüdische Organisationen ihre Solidarität mit Israel verstärkten und ihr Selbstverständnis als Teil eines globalen jüdischen Kollektivs betonten, äußerten insbesondere jüngere, progressiv orientierte Jüdinnen und Juden Kritik am israelischen Regierungshandeln. Dies zeigt den innerjüdischen Pluralismus, der Spannungen birgt, aber auch Ausdruck einer demokratischen Auseinandersetzung mit komplexen ethisch-politischen Fragen ist.

Zu den zentralen aktuell umstrittenen politischen Fragen zählen:

Die Militäroperationen in Gaza und humanitäre Krise

Ziel der israelischen Regierung ist die Zerschlagung der Hamas und die Rückführung aller Geiseln. Der Krieg hat jedoch zu hohen zivilen Verlusten und zu einer humanitären Krise in Gaza geführt.

Die Erosion der Demokratie in Israel

Die aktuelle Regierung treibt weiterhin einen systematischen Umbau der demokratischen Institutionen voran: Die Justizreform, initiiert 2023 durch Justizminister Levin, wird fortgesetzt und bedroht die Unabhängigkeit des Obersten Gerichtshof.

Die Expansion der Siedlungen

Seit dem 7. Oktober hat Finanzminister Smotrich (zuständig für Verwaltung in besetzten Gebieten) die Siedlungsausweitung forciert. Zahlreiche neue Außenposten wurden genehmigt, zum Teil auf privatem palästinensischem Land. Die Gewalt durch Siedler nahm deutlich zu, oft unter Duldung oder Mittäterschaft von Polizei oder Armee.

Diese Fragen zu diskutieren ist nicht nur legitim, sondern notwendig. Dies bedeutet, dafür einzutreten, dass die Zivilbevölkerung in Gaza hinreichend mit Lebensmitteln und auch angemessen medizinisch versorgt wird. Es ist – gemeinsam mit Akteuren der Region – nach politischen Perspektiven zu suchen. Es bedeutet – gemeinsam mit israelischen Partner*innen und Partnern dafür einzutreten, dass die lebendige Demokratie in Israel erhalten bleibt und eine politische Lösung für die besetzten Gebiete auch im Westjordanland gefunden wird.

Eine Auseinandersetzung den aktuellen politischen Fragen wird dann problematisch, wenn die Diskussion auf die Bestreitung des Existenzrechts abzielt, wie auch auf legitime Sicherheitsinteressen Israels, antisemitische Stereotype nutzt oder Juden außerhalb Israels für israelische Politik verantwortlich macht. Insbesondere der letzte Punkt wird oftmals übersehen: Immer wieder werden Jüdinnen und Juden für die Politik

der Regierung Israels verantwortlich zu gemacht. Und darüber hinaus sind Angriffe auf israelische Bürger*innen und Bürger, seien sei verbaler oder tätlicher Art falsch und nicht akzeptabel.

Eindeutig antisemitische Aussagen und Denkfiguren sind:

- Vergleiche der israelischen Politik mit den Verbrechen des NS-Regimes („Was Israel mit den Palästinensern macht, ist dasselbe was die Nazis mit den Juden gemacht haben“).
- Eine Zuschreibung kollektiver Schuld („Die Juden bringen seit 2000 Jahren nur Gewalt in die Welt“).
- Projektion klassischer antisemitischer Stereotype, z.B. von Weltherrschaft, auf den Staat Israel („Israel zieht überall auf der Welt die Fäden“).
- Forderungen nach der Vernichtung Israels oder Aufrufe zur Auslöschung des israelischen Staates, wie sie z.B. in der Charta der Hamas steht.

In der Debatte gibt es Graubereiche und eine eindeutige Trennung ist manchmal schwierig und selbst in wissenschaftlichen Diskursen umstritten.

Gerade weil diese Grenzziehung häufig komplex ist, sollte jede Kritik stets auf ihre Argumentationsmuster und den zugrundeliegenden Kontext hin geprüft werden – um legitime Kritik zu schützen, ohne Antisemitismus zu verharmlosen oder zu übersehen. Zugleich gilt, dass Kritik, die mit antisemitischen Bildern – sei es bewusst oder unbewusst – durchzogen ist, ihre Legitimation verliert.

Solidarität mit Israel bedeutet ein unbedingtes „Ja“ zur Existenz des Staates Israel, Schutz vor Verleumdung, Dämonisierung und Angriffen. Es bedeutet, ein solidarischer und auch kritischer Wegbegleiter zu sein.

Verbundenheit mit Israel bedeutet, sich bewusst zu sein, dass Volk, Land und Staat Israel für viele Juden in einer komplexen Beziehung miteinander verbunden sind.

Verbunden-Sein – ein Begriff, der stärker auf die Existenz zielt als das Wort Verbundenheit – bedeutet, in einer Beziehung zu stehen und diese zu leben. Es bedeutet Anteil zu nehmen und zu geben. Einander zu Festen zu gratulieren, sich wechselseitig zu besuchen und freudige Ereignisse miteinander zu teilen. Es bedeutet Anteil an Ängsten und Schmerz und Leid zu nehmen und zu geben. Es bedeutet zu hören und sich auszutauschen. Auch über schwierige Fragen.

Verbunden-Sein mit Israel bedeutet für die Kirche Glaube, Lehre und Leben im Bewusstsein des Glaubens an den Gott Israels zu gestalten. Es bedeutet, das gemeinsame Erbe – die biblische Überlieferung der Hebräischen Bibel – zu teilen.

Verbundenheit mit Israel bedeutet für Christinnen und Christen: sich dem Gott Israels verantwortlich zu wissen und – vor dem Hintergrund der langen Geschichte christlich

geprägter Judenfeindschaft – Gottes Augapfel zu schützen. So sollte es sein: Die Kirche unterstützt und schützt Jüdinnen und Juden. Sie steht auf, wo immer es Judenfeindschaft in Kirche und Gesellschaft gibt, also auch gegen Feindschaft, die sich gegen den Staat Israel richtet.

Eine differenzierte Betrachtung Israels muss auf vereinfachende Narrative und Klischees verzichten. Wer über Israel spricht, muss bereit sein, historische und aktuelle Ambivalenzen auszuhalten, eigene Vorstellungen kritisch zu überprüfen und den vielschichtigen Eigen-Sinn von „Israel“ als Volk, Land und Staat ernst zu nehmen.

So kann aus Verbundenheit mit Israel eine gelebte und lebendige Weggemeinschaft mit Israel werden.

Zur Autorin

Ursula Rudnick ist Theologin und Judaistin. Von 1984-1985 lebte sie in Israel und studierte an der Hebräischen Universität. Im Anschluss daran studierte sie in New York am Jewish Theological Seminary, wo sie einen Ph.D. in jüdischen Studien erwarb. Sie ist Beauftragte für Kirche und Judentum der Ev.-luth. Landeskirche Hannovers und Studienleiterin des Vereins Begegnung – Christen und Juden. Niedersachsen e.V. Sie lehrt als apl Professorin an der Leibniz Universität in Hannover. Von ihr gibt es zahlreiche Publikationen zu christlich-jüdischen Beziehungen.